



Grünliberale Partei Schweiz
Laupenstrasse 2, 3008 Bern

Eidgenössisches Finanzdepartement,
Bundesgasse 3
3003 Bern

Per E-Mail an: martin.walker@efv.admin.ch

18. März 2016

Ihr Kontakt: Michael Köpfl, Generalsekretär, Tel. +41 31 311 33 03, E-Mail: schweiz@grunliberale.ch

Stellungnahme der Grünliberalen zum Stabilisierungsprogramm 2017 - 2019

Sehr geehrter Herr Bundesrat,
sehr geehrte Damen und Herren

Wir bedanken uns für die Vorlage und den erläuternden Bericht zum Stabilisierungsprogramm 2017 – 2019 und nehmen dazu wie folgt Stellung:

Die Grünliberalen begrüssen das Stabilisierungsprogramm 2017-2019 in seinen Grundsätzen. Wir haben uns stets stark für eine nachhaltige Finanzpolitik und die Einhaltung der Schuldenbremse eingesetzt, weshalb wir den Umfang der Sparanstrengungen gutheissen.

Wir befürworten das Ziel des Bundesrates, das Stabilisierungsprogramm ausgewogen zu gestalten. Im Sinne der Opfersymmetrie und der Mehrheitsfähigkeit von Sparprogrammen ist klar, dass alle Aufgabengebiete ihren Sparbeitrag leisten müssen. Die Bildung und die Entwicklungszusammenarbeit sollen dabei nicht überproportional belastet werden. Mehr Sparpotenzial gibt es hingegen klar bei der Landwirtschaft und der Armee.

Der erläuternde Bericht führt aus, dass „[...] rein proportionale Kürzungen keine realisierbare Option dar[stellen], zum einen weil nicht alle Ausgaben in gleichem Mass beeinflussbar sind, zum andern aber auch, weil nicht alle Aufgaben dieselbe Priorität besitzen.“ (S.12) Diese Meinung teilen die Grünliberalen, setzen aber andere Prioritäten. Für die Grünliberalen besitzen gerade die Bildung und die Forschung sowie die internationale Entwicklungszusammenarbeit eine hohe Priorität, weshalb sie nicht überproportional den Stabilisierungsmassnahmen betroffen sein sollten.

Keine übermässigen Sparmassnahmen bei Bildung und Entwicklungszusammenarbeit

Die Grünliberalen sind nicht einverstanden, dass der Bundesrat überproportional bei den Bildungsausgaben sparen will. Bildung und Innovation sind die wichtigsten Ressourcen der Schweiz und deshalb zentral für die Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes. Aus Sicht der Grünliberalen ist es grundsätzlich richtig, dass die Ausgaben für die Bildung stärker anwachsen als für andere Bereiche, so wie sie es in den vergangenen Jahren getan haben. Der BFI-Bereich nimmt 11% des Bundeshaushalts ein. Mit 20% Sparanteil soll nun gerade bei diesem überaus wichtigen Bereich stark überproportional gespart werden. Die Grünliberalen befürworten eine weniger starke Sparanstrengung für den BFI-Bereich. Wir setzen uns für eine Ausgabensteigerung, welche mindestens mit der durchschnittlichen Zunahme des realen Bruttoinlandsprodukts und der Teuerung Schritt hält ein.

Der Vernehmlassungsentwurf will auch bei den Beziehungen zum Ausland überproportional sparen, wodurch die Mittel der öffentlichen Entwicklungshilfe (APD) bis 2020 wieder knapp unter 0.5 Prozent des Bruttonationaleinkommens sinken würden. Die Grünliberalen bekennen sich gerade in international unruhigen Zeiten und einer seit dem zweiten Weltkrieg ungekannter Zahl von Flüchtlingen weltweit zur Mitverantwortung der Schweiz bei der Lösung von globalen Problemen. Neben Wissen und Know-how braucht es dafür auch die entsprechenden Mittel.

Mehr Sparpotenzial bei Landwirtschaft und Armee

Der Bundesrat führt aus, dass die Landesverteidigung aufgrund der Weiterentwicklung der Armee unterproportional belastet werden soll. Angesichts des allgemeinen Spardrucks sind wir der Überzeugung, dass trotz Reformen die Landesverteidigung mindestens ihren proportionalen Anteil an den Sparanstrengungen beitragen soll, zumal zahlreiche Investitionsprojekte – z.B. bei der Luftwaffe - noch nicht beschaffungsreif sind. Ausserdem haben es der Bundesrat und die Mehrheit des Parlaments leider abgelehnt, mit einer grundlegenden Reform der Dienstpflicht, z.B. mit einem Durchdienermodell, mehr Sicherheit zu tieferen Kosten bereitzustellen.

Die Grünliberalen sind der Ansicht, dass bei der Landwirtschaft mehr als vom Bundesrat vorgeschlagen eingespart werden könnte. Dafür spricht insbesondere, dass der strukturell bedingte Rückgang der landwirtschaftlichen Betriebe mit jährlich rund 2 Prozent immer noch höher liegt, als der Rückgang der Direktzahlungen. Auch beim Verkehr gibt es noch weiteres Sparpotenzial. Wie der Bundesrat schreibt, verfügt der Infrastrukturfonds über „eine ausreichende Liquidität [...]“, um alle vorgesehenen Projekte und Beiträge zu finanzieren“. Damit könnte eine zusätzliche Kürzung, resp. Verschiebung vorgenommen werden, ohne die Liquidität des Infrastrukturfonds zu gefährden.

In Anbetracht der vom Bundesrat zur Annahme empfohlenen und vom Parlament angenommenen Motion 15.3013, haben wir mit Erstaunen festgestellt, dass keine strategische Aufgabenüberprüfung vorliegt. Es ist davon auszugehen, dass der Spardruck in den kommenden Jahren nicht abnehmen wird. Eine strategische und auf lange Frist ausgelegte Aufgabenüberprüfung ist deshalb zwingend notwendig.

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme. Bei Fragen dazu stehen Ihnen die Unterzeichnenden gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüssen



Martin Bäumle
Parteipräsident



Michael Köpfl
Generalsekretär